

Gegenstand: Bericht zur Schülerbeförderung

Herr Weigl erklärt, dass in den vergangenen Wochen mehrere Beschwerden zur Kapazität im Schülertransport zu Unterrichtsbeginn und zum Ende der sechsten Schulstunde eingegangen sind. Nach Hinweis auf die Kapazitätserweiterung der Linie 573 im letzten Jahr erläutert Herr Weigl anhand der Fahrpläne Einzelheiten zu den Linien 573 (Neustadt-Freimersheim-Weingarten-Harthausen-Speyer) sowie 572 (Ludwigshafen-Neuhofen-Waldsee-Otterstadt-Speyer) und wie von Seiten des BRN darauf reagiert wurde. Beispielfähig präsentiert er Fotos, die an den Haltestellen Stadthalle und Dudenhofer Straße nach Ende der sechsten Schulstunde aufgenommen wurden. Die Aufnahmen legen nahe, dass die Kapazität ausreichend ist. Im letzten Bus finden alle noch verbliebenen Schüler ausreichend Platz. Handlungsbedarf sieht Herr Weigl bei der Linie 572 (Neuhofen-Waldsee-Otterstadt). Er wird prüfen, welche Änderungen mit dem Fahrplanwechsel am 09.12.2007 vorgenommen werden können. Herr Weigl kommt zu dem Schluss, dass die angebotenen Kapazitäten insgesamt ausreichend sind. Die Busse sind sehr gut besetzt aber nicht so ausgelastet, dass die Nachfrage nicht bedient werden könnte.

Herr Brohm schlägt vor, die sehr frühe Abfahrt um 13.05 Uhr am Doppelgymnasium auf 13.15 Uhr zu verlegen. Damit kann eine Entlastung in den Schulen erreicht werden. Die zeitliche Nähe zum nächsten Bus um 13.28 Uhr könnte auch zur Beruhigung an der Haltestelle beitragen.

Frau Weindel-Güdemann bemängelt, dass Kinder aus Otterstadt morgens nicht mitgenommen werden obwohl sie Inhaber eines Maxx-Tickets sind.

Herr Weigl erläutert, dass mehrfach die Aufnahmefähigkeit dieser Linie geprüft wurde. Auf dieser Linie stehen vier Wagen zur Verfügung. Leider bevorzugen die Schüler die beiden letzten Busse.

Frau Keller-Mehlem weist darauf hin, dass Schüler aus Speyer-Nord deutlich später nach Hause kommen, weil auswärtige Schüler den Unterricht eher verlassen dürfen und die ersten Busse dadurch besetzt sind.

Herr Weigl sagt die Prüfung aller Anregungen zu. Soweit Spielräume im Gesamtfahrplan bestehen oder geschaffen werden können, wird er sie nutzen um mit Beginn des Winter-Fahrplans die vorgeschlagenen Änderungen für die Schülerbeförderung von und nach Speyer umzusetzen. Er ist gern bereit, erneut im Schulträgersausschuss zu berichten.

**Gegenstand: Vorstellung der geplanten neuen Schulstruktur in Rheinland-Pfalz,
Ltd. RSD Tilbert Müller, ADD Neustadt
Vorlage: 0421/2007**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Bürgermeister Brohm teilt mit, dass vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur am 30.10.2007 Leitlinien für eine neue Schulstruktur in Rheinland-Pfalz veröffentlicht wurden. Er geht davon aus, dass die deshalb erforderliche Novellierung des Schulgesetzes im Landtag sehr zügig beraten und verabschiedet wird. Herr Brohm dankt Herrn Müller für seine Bereitschaft dem Schulträgersausschuss das Konzept fachkundig zu erläutern.

Herr Müller merkt rückblickend zum Tagesordnungspunkt 1 an, dass die Lenkung der Schülerströme sowie die Schülerbeförderung eine Herausforderung für den BRN und die Schulaufsicht werden, da mit dem neuen Schulkonzept die jetzigen Schulbezirke der Hauptschulen (HS) wegfallen werden.

Als wesentliche Faktoren, die zur Entwicklung des neuen Konzeptes führten, nennt Herr Müller die demographische Entwicklung, das veränderte Bildungswahlverhalten und die sinkende Akzeptanz der Hauptschule.

Er verdeutlicht anhand der Schülerzahlprognose den zu erwartenden Rückgang. Bis zum Jahr 2020 wird es in Rheinland-Pfalz 23,5 % weniger Schüler geben. Während in den vergangenen zehn Jahren ein deutlicher Rückgang bei den Hauptschülern zu verzeichnen war, von 75.000 auf jetzt 40.000, steigen die Schülerzahlen bei allen integrierten Schulformen (Regionale Schule, Integrierte Gesamtschule, Duale Oberschule) und bei den Gymnasien. An den Realschulen (RS) blieb die Schülerzahl im angegebenen Zeitraum stabil. Nur noch 15,7 % der Schüler weiterführender Schulen besuchen die HS. Diese dramatische Entwicklung stellt eine Herausforderung dar, die eine Neustrukturierung erfordert.

Ziel der Umgestaltung ist, den HS neue Perspektiven zu bieten und durch Ausweitung bewährter Verfahren und Methoden gesellschaftlich akzeptierte Schulabschlüsse zu ermöglichen. Herr Müller stellt klar, dass nicht die HS abgeschafft wird sondern HS und RS in eine neue Form überführt werden – die Realschule plus (RS plus). Diese bietet zwei Schulformen an: die kooperative Realschule und die Regionale Schule, die zum Mittleren Schulabschluss und zum Abschluss der Berufsreife führen. An der kooperativen RS plus werden nach der verbindlichen gemeinsamen Orientierungsstufe ab der Klassenstufe 7 abschlussbezogene Klassen gebildet. Die Regionale Schule unterrichtet nach der gemeinsamen Orientierungsstufe die Schülerinnen und Schüler des Haupt- und des Realschulbildungsgangs integrativ oder teilintegrativ. Mit dem längeren gemeinsamen Lernen sollen die pädagogischen Voraussetzungen weiter verbessert und die Aufstiegsorientierung gestärkt werden.

Wie bereits mit dem Ganztagschulprogramm (bisher gibt es 403 GTS, 100 neue Anträge liegen vor) soll auch mit der RS plus die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler ausgebaut werden. Ziel der Landesregierung ist es, die Schulabbrecherquote deutlich zu reduzieren. Diese liegt gegenwärtig an den HS in Rheinland-Pfalz bei 7,7 %. Das Projekt „Keiner ohne Schulabschluss“ soll diese Quote weiter deutlich verringern. Herr Müller erwartet, dass dieses Projekt Auswirkungen auf die Berufsbildenden Schulen (BBS) haben wird.

Ausgebaut werden die Angebote zur Berufsorientierung, um den Übergang in die Berufsausbildung und in den Beruf zu verbessern. Ab Klassenstufe 6 wird flächendeckend ein wöchentlicher Praxistag im Hauptschulbildungsgang eingeführt.

Mehr Aufstiegsmöglichkeiten bietet die RS plus mit dem neuen Angebot, eine Fachoberschule anzugliedern. Der zweijährige Bildungsgang direkt nach dem Mittleren

Schulabschluss wird mit der Fachhochschulreife abgeschlossen. Schülerinnen und Schüler, die diesen Bildungsgang wählen, könnten im Anschluss über die BOS II der BBS die allgemeine Hochschulreife erwerben. Auch hier macht Herr Müller auf Überschneidungen zum Angebot der BBS aufmerksam.

Er stellt fest, dass mit den Leitlinien noch nicht alle Einzelheiten detailliert geregelt sind. Unter Einbeziehung der Schulträger sollen in gemeinsamen Planungen regional angepasste Lösungen erarbeitet werden. Die Schulträger werden verpflichtet ab 2008 einen Schulentwicklungsplan vorzuhalten.

Umfangreichere Baumaßnahmen werden durch das neue Strukturkonzept nicht ausgelöst. Geht man davon aus, dass bis zum Jahr 2020 die Anzahl der Schüler um $\frac{1}{4}$ sinkt, sind Neubaumaßnahmen kaum noch begründbar. Das Programm soll mit dem vorhandenen Gebäudebestand umgesetzt werden. Die neue RS plus soll mindestens dreizügig sein.

Die RS plus stärkt die Wahlmöglichkeit der Eltern. Nach Angabe von Herrn Müller denken viele Schulträger an die Einrichtung von Integrierten Gesamtschulen (IGS), die wohnortnah alle Bildungsgänge anbieten. Bei der anstehenden Änderung des Schulgesetzes sollen die Errichtungsvoraussetzungen für die IGS erleichtert werden.

Ab dem Schuljahr 2009/10 werden alle HS und RS in die neue Form überführt. Ab dem Schuljahr 2013/14 sind die neuen Strukturen gesetzlich verbindlich. Einer RS plus kann erst zwei Jahre nach Bestehen die Option auf Angliederung einer Fachoberschule erteilt werden. Herr Müller weist darauf hin, dass noch viele Detailfragen zu regeln sind. Er nennt beispielhaft die Bereiche Elternbeteiligung, Personalräte, Besoldung und Schulaufsicht. Sind RS kleiner als dreizügig und HS kleiner als zweizügig, kann der Zusammenschluss von der Schulaufsicht eingeleitet werden. Die Klassenmessenzahl für die Orientierungsstufe der RS plus wird auf 25 festgesetzt.

Bürgermeister Brohm merkt an, dass der dargestellte Rückgang der Schülerzahlen sich in Speyer und den Gebietskörperschaften entlang des Rheins auf Grund der weiterhin stattfindenden Zuzüge so nicht erfüllen wird.

Auf die Nachfrage zum Schulentwicklungsplan bestätigt Herr Müller, dass noch keine Vorgaben fixiert wurden aber ein solcher Plan sicher zu erstellen sein wird.

Zur Frage von Dr. Hussong, wie die Schülerströme geregelt werden teilt Herr Müller mit, dass eine Steuerung im Vorfeld nicht möglich ist. Die Ministerin wird den Eltern aller Hauptschüler ein Schreiben zukommen lassen, in dem die Änderungen vorgestellt werden.

Auf die Frage von Frau Klippert, wie der Zugang an die RS plus geregelt wird erläutert Herr Müller, dass ab dem Schuljahr 2009/10 alle Fünftklässler dieser Schulart an eine RS plus wechseln. Die oberen Klassen der RS und HS werden in ihrer bisherigen Form weitergeführt.

Herr Batzer bemängelt, dass vom Ministerium völlig neue Modelle entwickelt werden ohne die Betroffenen einzubeziehen. Er befürchtet, dass noch größere Schulzentren entstehen und die Unsicherheit der Eltern verstärkt wird. Dies könne den Druck auf die Gymnasien noch erhöhen.

Herr Müller verweist darauf, dass die Eltern durch ihr Schulwahlverhalten bereits entschieden haben. Er hält es für erforderlich, neue Konzepte für eine Pädagogik der Homogenität zu entwickeln.

Dr. Herrmann sieht den Elternwillen durch das neue Konzept konterkariert. Es stellt weder eine Verbesserung für die RS noch für die HS dar. Die Reform verstärkt den negativen Trend, dass Schulabgänger mit Mittlerer Reife immer schwächer werden.

Herr Schwarz geht davon aus, dass die Änderungen massive Auswirkungen auf die BBS haben werden und für die Schulträger erhebliche finanzielle Belastungen zu erwarten sind. Mit dem Konzept werden bestehende Bildungsgänge aus den BBS herausgelöst und Konkurrenz zum fachpraktischen Unterricht geschaffen. Die jetzt an den BBS vorgehaltenen Werkstätten werden bald leer stehen, an den allgemein bildenden Schulen aber müssen diese Fachräume erst noch geschaffen werden.

Eine besondere Bedrohung stellt er für die höhere Berufsfachschule fest. Bildungsgänge der BBS, die zur Fachhochschulreife führen, werden bald nicht mehr nachgefragt werden. Er erwartet, dass kaum ein Schüler von der RS plus an die höhere Berufsfachschule der BBS wechseln wird, wenn diese Möglichkeit auch an der RS plus angeboten wird. Es ist gegenwärtig nicht erkennbar wie die personellen und infrastrukturellen Fragen gelöst werden sollen.

Zu weiteren Debattenbeiträgen stellt Herr Müller fest:

Die verschiedenen Ausprägungen der RS plus ermöglichen es, zukünftig Regionale Schulen auch in Städten einzurichten.

Schwerpunktschulen und Ganztagschulen werden in die neue Schulstruktur integriert. Würde bspw. die Siedlungsschule HS in einer RS plus aufgehen, so wird diese RS plus eine Schwerpunktschule sein.

Bürgermeister Brohm dankt Herrn Müller für die sehr informative und umfassende Darstellung. Das Konzept RS plus bietet den Schulträgern die Chance gestaltend mitzuwirken. Er verdeutlicht, dass die erforderlichen Änderungen des Schulgesetzes abgewartet werden müssen. Im Schulträgerausschuss sind gemeinsam frühzeitig Lösungen zu erarbeiten und die erforderlichen Entscheidungen zu treffen.

Gegenstand: Kurzfristige Lösungsmöglichkeiten zur Entlastung der Raumsituation am Friedrich-Magnus-Schwerd-Gymnasium

Bürgermeister Brohm erläutert, dass das Schwerd- und das Purrmann-Gymnasium jeweils für ca. 700 Schülerinnen und Schüler gebaut wurden, unterdessen aber 1.150 Schüler das Schwerd-Gymnasium und 1.040 das Purrmann-Gymnasium besuchen. Da schon bald Informationsveranstaltungen für die Eltern der künftigen Schüler der Gymnasien stattfinden, sind kurzfristige Lösungen zur Entspannung der Raumsituation erforderlich.

Nach Abstimmung mit den Schulleitungen der Burgfeld- und der Woogbachschule könnten ab dem kommenden Schuljahr an der Burgfeldschule vier Klassenräume für das Doppelgymnasium zur Verfügung gestellt werden. Der Vorsitzende teilt die Bedenken der Schulleitung des Schwerd-Gymnasiums zur Auslagerung von Klassen an die Burgfeldschule. Deshalb wurden Gespräche mit dem Ministerium geführt mit dem Ziel, dass die vier in der Burgfeldschule verfügbaren Räume vom Studienseminar genutzt werden. Im Gegenzug könnten vom Studienseminar vier Räume für das Doppelgymnasium freigemacht werden.

Die Gespräche mit dem Ministerium verlaufen derzeit durchaus positiv sind aber noch nicht abgeschlossen. Bürgermeister Brohm geht davon aus, dass der Sachverhalt in den nächsten Wochen geklärt werden kann.

Frau Weindel-Güdemann erklärt, dass der Elternbeirat des Schwerd-Gymnasiums einer Auslagerung von Klassen an die Burgfeldschule nicht zustimmen wird. Darin bestehe Einvernehmen mit dem Kollegium und der Schulleitung des Schwerd-Gymnasiums.

Zu den Bedenken, die Schulaufsicht könne ein erweitertes Raumangebot nutzen um weiterhin Schüler in großen Umfang dem Doppelgymnasium zuzuweisen, verweist Bürgermeister Brohm darauf, dass dies in die Verantwortung der ADD fällt. Die Stadt Speyer hat dabei kein Mitspracherecht, wird aber die Schulleitung in ihrem Bemühen unterstützen.

Gegenstand: Zwischenbericht über den Schulraumbestand der weiterführenden Schulen

Vorlage: 0422/2007

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Bürgermeister Brohm stellt anhand der Tischvorlage den Schulraumbestand der weiterführenden Schulen vor. Von Bedeutung sind insbesondere die Anzahl der verfügbaren Klassen- und Fachräume. Sie bilden die Grundlage für die Beratungen, die in den nächsten Monaten zu führen sind. Die Erfassung der weiteren Räume und des Raumprogramms der Grundschulen wurde wegen des begrenzten Bearbeitungszeitraums vorerst zurückgestellt.

Ergänzend zum Raumbestand wurde den Sitzungsteilnehmern eine Aufstellung zur Entwicklung der Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen vorgestellt. Der Abgleich des Raumbestandes und der Schülerzahlen verdeutlicht, dass es an den Schulen keine Leerstände gibt. Die Aufstellung ist dem Protokoll beigelegt.

Gegenstand: Verschiedenes

Bürgermeister Brohm erinnert daran, dass gemäß Beschluss des Schulträgerausschusses vom 10.03.2004 für Geschwisterkinder, die eine Ganztagschule in städtischer Trägerschaft besuchen, Ermäßigungen für die Kostenbeiträge zum Mittagessen gewährt werden.

Die Ermäßigung wurde bisher nicht gewährt, wenn Geschwister eine Ganztagschule in städtischer und in privater Trägerschaft besuchten.

Der Vorsitzende schlägt vor, aus Gründen der Familienfreundlichkeit eine Ermäßigung der Kostenbeiträge zum Mittagessen auch dann zu gewähren, wenn Geschwister sowohl eine Ganztagschule in städtischer wie in privater Trägerschaft in Speyer besuchen. Dabei soll für das älteste Kind der volle Kostenbeitrag und für jüngere Geschwister der ermäßigte Kostenbeitrag erhoben werden.

Der Schulträgerausschuss stimmt diesem Vorschlag einstimmig zu.

17. Sitzung des Schulträgerausschusses der Stadt Speyer am 27.11.2007



17. Sitzung des Schulträgerausschusses 27.11.2007 **Hanspeter Brohm**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!